Probeklausur

Wirtschaftspolitik (4 LP)

Universität: Technische Universität Berlin Kurs/Modul: Wirtschaftspolitik (4 LP)

Bearbeitungszeit: 90 Minuten

Erstellungsdatum: September 20, 2025



Zielorientierte Lerninhalte, kostenlos! Entdecke zugeschnittene Materialien für deine Kurse:

https://study. All We Can Learn. com

Wirtschaftspolitik (4 LP)

Bearbeitungszeit: 90 Minuten.

Aufgabe 1.

- (a) Externe Effekte. Gegeben seien private Grenzerträge $\mathrm{MB}_p(x) = 100 x$ und externe Kosten E(x) = 20x. Die Grenzkosten MC = 50 seien konstant. Formulieren Sie die soziale Grenzertragsbedingung und bestimmen Sie das soziale Optimum x_S . Geben Sie den Pigou-Steuerbetrag τ an, der das private Gleichgewicht auf das soziale Gleichgewicht verschiebt.
- (b) Politische Ökonomie der Instrumente. Diskutieren Sie kurz Vor- und Nachteile von Pigou-Steuer, Mengenregulierung und Verboten bei externen Kosten; nennen Sie je ein praktisches Beispiel.
- (c) Öffentliche Güter. Gegeben seien zwei Konsumenten mit Nutzenfunktionen $U_1(S) = 6S \frac{1}{2}S^2$ und $U_2(S) = 4S \frac{1}{4}S^2$ sowie Kostenfunktion $C(S) = 5S^2$. Verwenden Sie die Samuelson-Bedingung $MB_1(S) + MB_2(S) = MC(S)$ mit $MB_1(S) = U_1'(S) = 6 S$ und $MB_2(S) = U_2'(S) = 4 \frac{1}{2}S$, MC(S) = C'(S) = 10S. Formulieren Sie die Gleichgewichtsmenge S^* und zeigen Sie, wie man sie bestimmt.
- (d) Free-Rider-Problem. Erklären Sie kurz, warum private Bereitstellung öffentlicher Güter oft nicht gelingt und welches politische Ökosystem Abhilfe zu schaffen versucht; nennen Sie zwei Instrumente.

Aufgabe 2.

- (a) Adverse Selektion. In einem Versicherungsmarkt existieren zwei Typen von Versicherungsnehmern, Hochrisiko (HR) und Niedrigrisiko (NR) mit Anteilen p bzw. 1-p. Beschreiben Sie schematisch ein einfaches Pooling- bzw. Separierungsgleichgewicht und geben Sie an, unter welchen Bedingungen eine Separierung möglich ist.
- (b) Moral Hazard. Stellen Sie ein simples Principal-Agent-Modell vor, in dem der Versicherer eine Prämie π festlegt und der Versicherte einen Aufwand $e \in [0,1]$ wählt. Formulieren Sie die Incentive-Compatibility-Bedingung und erläutern Sie, wie Versicherungsschutz Anreize verändert.
- (c) Signalling / Zertifikate. Skizzieren Sie, wie Signalling in einem Markt für Arbeitskräfte funktionieren kann, und nennen Sie zwei Arten von Zertifikaten, die Transparenz erhöhen.
- (d) Politische Ökonomie der Informationsasymmetrien. Nennen Sie zwei politische Mechanismen, durch die Informationsasymmetrien reduziert werden können, und erläutern Sie deren Grundidee.

Aufgabe 3.

- (a) Monopol. Eine Firma mit Nachfrage P(Q) = 80 Q und Kosten C(Q) = 20Q. Bestimmen Sie Gewinnmaximierung, Preis, Output, Umsatz und Deadweight Loss.
- (b) Cournot-Duell. Zwei Firmen konkurrieren auf einem Markt mit inverser Nachfrage $P(Q_1 + Q_2) = 60 Q_1 Q_2$ und Kosten $C_i(Q_i) = 6Q_i$ für i = 1, 2. Bestimmen Sie Nash-Gleichgewicht (Q_1^*, Q_2^*) und Preis P^* .
- (c) Regulierung. Diskutieren Sie zwei Arten von Regulierung (Preisobergrenze, Mengenvorgaben) und deren Auswirkungen auf Konsumentenrente und Wohlfahrtverluste.
- (d) Wettbewerbspolitik. Beschreiben Sie kurz den Unterschied zwischen vollkommener Konkurrenz und unvollkommener Konkurrenz aus wirtschaftspolitischer Sicht.

Aufgabe 4.

- (a) Arrow-Paradox. Skizzieren Sie knapp, warum in einer Demokratie mit mehrheitsbasierter Entscheidung kein sozialwelfähiges Kriterium existieren muss, das Pareto-Harmonien sicherstellt.
- (b) Median-Wähler-Theorem. Beschreiben Sie das Theorem und erläutern Sie, wie politische Plattformen dem Median-Wähler folgen.
- (c) Lobbying. Stellen Sie ein einfaches Modell des Lobbyings vor, in dem Interessengruppen Budget B nutzen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen; identifizieren Sie zwei zentrale Erfolgsdeterminanten.
- (d) Politische Ökonomie der Policy-Designs. Diskutieren Sie, wie politische Institutionen die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen beeinflussen können.

Lösungen

Bearbeitungszeit: 90 Minuten.

Aufgabe 1.

(a) Lösung. Gegeben seien $MB_p(x) = 100\,$ x, externe Kosten $E(x) = 20x\,$ und konstantes private Grenzkosten MC = 50. Die marginale externe Kosten (MEC) ist MEC = E'(x) = 20. Damit ergibt sich

$$MC_{\text{social}}(x) = MC + MEC = 50 + 20 = 70.$$

Die soziale Grenzertragsbedingung lautet daher

$$MB_p(x_S) = MC_{\text{social}}(x_S) \implies 100 - x_S = 70 \implies x_S = 30.$$

Der Pigou-Steuerbetrag, der das private Gleichgewicht auf das soziale Gleichgewicht verschiebt, entspricht dem externen Grenzkostenanteil, also

$$\tau = MEC = 20.$$

- (b) Lösung. Kernaussagen zur politischen Ökonomie der Instrumente:
- Pigou-Steuer Vorteile: Ökonomisch effizient, misst Anreize direkt an der externen Koste, generiert Staatseinnahmen, einfache Implementierung bei messbaren Emissionen. Nachteile: Bestimmung des richtigen Tax-Niveaus, Vollständigkeit der Abdeckung, Potential für Verlagerungen (Substitutionen), administrative Kosten. Praktisches Beispiel: CO₂-Steuer, eine Abgabe auf Treibhausgasemissionen.
- Mengenregulierung (Quantitätsgrenzen, Cap-and-Trade) Vorteile: Klare Obergrenze der Gesamtemissionen; flexibel über Zeiträume möglich; Emittentenhandeln ermöglicht Kostenreduktion bei Offsets. Nachteile: Marktdatenbedarf, volatile Preise, Risiko von Marktmanipulationen; Verteilungseffekte hängen von Allokation ab. Praktisches Beispiel: EU-Emissionshandel (EU ETS) für Industrie- und Stromsektor.
- Verbot (Verbote) Vorteile: Wirksame Sperre bestimmter schädlicher Aktivitäten, einfache Botschaft; keine Abwägung zwischen Alternativen nötig. Nachteile: Verdrängung in Schwarzmarkt oder Substitutionen; Rechts- und Durchsetzungskosten. Praktisches Beispiel: Verbot bestimmter schädlicher FCKW;-Substanzen oder DDT-Verbot.
- (c) Lösung. Gegeben seien zwei Konsumenten mit Nutzenfunktionen $U_1(S) = 6S \frac{1}{2}S^2$ und $U_2(S) = 4S \frac{1}{4}S^2$ sowie Kostenfunktion $C(S) = 5S^2$. Die Samuelson-Bedingung lautet

$$MB_1(S) + MB_2(S) = MC(S),$$

mit
$$MB_1(S) = U_1'(S) = 6 - S$$
, $MB_2(S) = U_2'(S) = 4 - \frac{1}{2}S$, $MC(S) = C'(S) = 10S$. Somit

$$(6-S)+(4-\frac{1}{2}S)=10S \implies 10-\frac{3}{2}S=10S \implies 11.5S=10 \implies S^*=\frac{10}{11.5}=\frac{20}{23}\approx 0.8696.$$

Also gilt $S^* \approx 0.87$ Einheiten des öffentlichen Gutes; die exakte Lösung ist $S^* = \frac{20}{23}$.

(d) Lösung. Privatwirtschaftliche Bereitstellung öffentlicher Güter scheitert häufig am Free-Rider-Problem, da die Güter non-excludable und non-rival sind und somit der individuelle Beitragseinsatz keinen ausschließlichen Vorteil verspricht. Politische Ökosysteme versuchen Abhilfe durch: - Öffentliche Bereitstellung funded durch Steuern (Zwangsbeiträge) und zentrale Budgetierung. - Teilweise exklusive Bezugsrechte oder Gebührenmodelle (Club-Güter) bzw. Mischformen (Public-Private Partnerships), um Excludability herzustellen und Anreize zu setzen.

Aufgabe 2.

- (a) Lösung. In einem Versicherungsmarkt mit Hochrisiko (HR) und Niedrigrisiko (NR) Typen, Anteile p bzw. 1-p, existieren zwei typische Gleichgewichte:
- Pooling-Gleichgewicht: Es existiert nur ein Vertragsangebot, das von HR und NR gleichermaßen akzeptiert wird. Folgen: Die Prämie ist so festgelegt, dass beide Typen teilnehmen; HR zahlt tendenziell überhöht, NR unterbezahlt, was potenziell Verlust verursacht.
- Separierungsgleichgewicht: Es gibt mindestens zwei Verträge, z. B. $(\pi_L, \operatorname{Umfang}_L)$ für NR und $(\pi_H, \operatorname{Umfang}_H)$ für HR, so dass IR- und IC-Bedingungen beider Typen erfüllt sind: NR entscheidet sich für den NR-Vertrag, HR für den HR-Vertrag. Unter welchen Bedingungen Separierung möglich ist: Die insurer can screen via differenzierten Policen, d. h. der Nutzenvorteil eines differenzierten Vertrags muss für jeden Typ größer sein als der Nutzen aus dem anderen Vertrag; die IC-Bedingungen müssen erfüllt sein (jeder Typ wählt seinen eigenen Vertrag statt des anderen).
- (b) Lösung. Im einfachen Principal-Agent-Modell legt der Versicherer eine Prämie π fest und der Versicherte wählt Aufwand $e \in [0, 1]$.
- Incentive-Compatibility-Bedingung (IC): Der Versicherte wählt den Aufwand, der seinen Nutzen maximiert, implizit also denjenigen e, bei dem der Nutzen unter dem gegebenen Versicherungsvertrag maximiert wird. Auswirkung des Versicherungsschutzes auf Anreize: Höhere Deckung/abhängige Entschädigung (hohe π oder großer Versicherungsumfang) mindert die Kosten eines Fehlhandelns (moral hazard); dem wirkt man mit Selbstbeteiligung, Ko- Anteil (Coinsurance) oder Prämienanpassungen je nach Risikoverhalten entgegen.
- (c) Lösung. Signalling in einem Arbeitsmarkt funktioniert, weil Bildung/Qualifikation als Signal für Fähigkeiten dienen kann. Zwei Arten von Zertifikaten, die Transparenz erhöhen, sind:
 Akademische Grade (Abschlusszeugnisse, Zertifikate von Universitäten). Berufliche Lizenzen und Zertifizierungen (z. B. CPA, PMP, Fachprüfungen) sowie zeitlich begrenzte Mikrozertifikate/Badges.
- (d) Lösung. Zwei politische Mechanismen zur Reduktion von Informationsasymmetrien: Offenlegungsvorgaben und Transparenzpflichten (z. B. regelmäßige Berichterstattung, Auditberichte, Publikationspflichten). Zertifizierungs-/Akkreditierungsmechanismen und unabhängige Aufsicht (z. B. externe Prüfer, Zertifizierungsstellen), um die Qualität und Vertrauenswürdigkeit von Angeboten zu erhöhen.

Aufgabe 3.

(a) Lösung. Nachfrage: P(Q) = 80 - Q; Kosten: C(Q) = 20Q. Gewinnmaximierung: Profit $= P(Q)Q - C(Q) = (80 - Q)Q - 20Q = 60Q - Q^2$. FOC: $60 - 2Q = 0 \Rightarrow Q^* = 30$. Preis: $P^* = 80 - Q^* = 50$. Umsatz: $R = P^*Q^* = 50 \cdot 30 = 1500$. Kosten: $C(Q^*) = 20 \cdot 30 = 600$. Gewinn: $\Pi^* = 1500 - 600 = 900$.

Sozialer Optimum (kein externer Effekt): hier ist kein externer Kostenfaktor gegeben; allerdings gilt bei reinem Monopol, dass das soziale Optimum dort liegt, wo Grenzerlös = Grenzkosten bzw. MB = MC. Zur Veranschaulichung: bei dieser Aufgabenstellung ist der soziale Optimum identisch mit der Preisbildung, wenn keine Externalitäten existieren; da hier keine zusätzlichen Externalitäten modelliert sind, bleibt der Monopolgewinn das Ergebnis.

T DWL (Deadweight Loss): Berechnet als Dreieck zwischen Monopolhöhe und sozialem Optimum. MB(Q) = Preis bei gegebener Menge; MC = 20 konstant. - MB(30) = 80 30 = 50; MC = 20; Differenz = 30. - Bei Q = 60 ist MB = 20 = MC. DWL = $0.5 \cdot (60 \ 30) \cdot (50 \ 20) = 0.5 \cdot 30 \cdot 30 = 450$.

(b) Lösung. Cournot-Duell: Zwei Firmen, inverse Nachfrage $P(Q_1+Q_2)=60-Q_1-Q_2$; Kosten $C_i(Q_i)=6Q_i$.

Gewinnfunktion von Linie i:

$$\Pi_i = P(Q_1 + Q_2)Q_i - 6Q_i = (60 - Q_1 - Q_2)Q_i - 6Q_i.$$

FOC für Firma i (mit Q_j als Menge der anderen Firma):

$$60 - 2Q_i - Q_j = 0 \quad \Rightarrow \quad Q_i = \frac{60 - Q_j}{2}.$$

Gleichgewicht: $Q_1^* = Q_2^* = Q$. Dann

$$Q = \frac{60 - Q}{2} \Rightarrow 3Q = 60 \Rightarrow Q^* = 20.$$

Preis: $P^* = 60 - Q_1^* - Q_2^* = 60 - 40 = 20$.

Einzelnen Gewinn: $\Pi_i^* = P^*Q_i^* - 6Q_i^* = 20 \cdot 20 - 6 \cdot 20 = 400 - 120 = 280$. Gesamtmenge $Q_{\text{tot}} = 40$; Gesamter Umsatz $P^*Q_{\text{tot}} = 20 \cdot 40 = 800$; Gesamtkosten $6(Q_1^* + Q_2^*) = 6 \cdot 40 = 240$; Gesamtgewinn = 800 - 240 = 560. Hinweis: Die Summe der Einzelgewinne (2×280) ist 560, konsistent.

- (c) Lösung. Regulierung: Zwei Arten Preisobergrenze (Preisdeckel): Setzt den Preis unter dem markträumenden Preis. Folgt: Menge steigt tendenziell, Produzentenrente sinkt, Konsumentenrente steigt; Gesamtwohlfahrt kann sinken, da eine Unterversorgung droht (Wohlfahrtsverlust). Typische Formel für DWL bei Regulierung: DWL entspricht der Fläche zwischen Nachfrage und Angebot zwischen dem regulierten Output und dem markträumenden Output.
- Mengenvorgaben (Quote): Exogen wird eine Output-Menge Q_{reg} festgelegt. Preis passt sich dem Markt an. Auswirkungen: Konsumentenrente und Produzentenrente ändern sich je nach Lage von Q_{reg} relativ zu Q^* (Monopol- oder Marktausgang), und es entstehen DWL je nach Abweichung von Q^* .

Hinweis: Konkrete Zahlen hängen von der ursprünglichen Nachfrage- und Kostenstruktur ab; allgemein gilt, dass Regulierung häufig zu DWL führt, außer sie senkt bestehende Ineffizienzen (z. B. bei echten Monopolproblemen).

(d) Lösung. Unterschiede aus wirtschaftspolitischer Sicht: - Vollkommene Konkurrenz: Preis = Grenzkosten; maximale Wohlfahrt, geringe Marktmacht; Politik zielt auf Wettbewerbspolitik (Barrieren abbauen, Eintritt erleichtern, Transparenz erhöhen). - Unvollkommene Konkurrenz: Marktmacht führt zu Preisen über Grenzkosten; potenziell DWL; Politik zielt auf Regulierung, Antitrust, Regulierung von Preisen, vorsichtige Beschränkung von Koordination.

Aufgabe 4.

- (a) Lösung. Das Arrow-Paradox (Impossibility-Theorem in der politischen Ökonomie) zeigt, dass in einer Demokratie mit Mehrheitsentscheidung kein einzelnes sozialwelfähiges Kriterium existieren muss, das Pareto-Harmonisierungen sicherstellt. Begründung in Kürze: Unterschiedliche Gruppen haben unterschiedliche Wertvorstellungen, Präferenzen und Verteilungen. Mehrheitsentscheidung kann zu Zyklen führen, d. h. Alternativen A, B, C können jeweils von einer Mehrheit gegenüber einer der anderen Optionen bevorzugt werden, aber kein klar pareto-effizientes Optimum existiert, das alle Gruppen gleichzeitig bevorzugt. Nominale "soziale Wohlfahrtsfunktionen" müssen normativen Kriterien wie Unparteilichkeit, transitive Konsistenz etc. genügen; unter Mehrheitsregeln lassen sich solche Kriterien meist nicht mit dem Pareto-Kriterium vereinbaren, insbesondere wenn Verteilungseffekte berücksichtigt werden.
- (b) Lösung. Median-Voter-Theorem: Unter ein- dimensionalem politischem Raum und ein-gepunktig geprägten Präferenzen (single-peaked), führt das Mehrheitswahlsystem dazu, dass die politische Plattform sich am Medianwähler ausrichtet. Folgerungen: Die-politischen Parteien neigen dazu, ihren Programmpunkt genau auf das Ideal des Medianwählers zu verschieben, um Mehrheiten zu gewinnen. Abweichende Standpunkte jenseits des Medianwählers verlieren an Wählerstimmen, weshalb Plattformen eher den Mittelweg wählen.
- (c) Lösung. Lobbying-Modell (Einfaches Modell): Interessengruppen nutzen Budget B, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Zwei zentrale Erfolgsdeterminanten: Relevanz des Themas und Nähe zur Medianwählers-Position: Je stärker eine Gruppe die zentrale politische Mehrheit beschäftigt, desto größer der Einfluss. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Informationsbasis; Zugang zu Entscheidungsträgern und Fähigkeit, überzeugende Informationen zu liefern (Lobbing-Kraft, Netzwerke, politische Kontakte).
- (d) Lösung. Politische Ökonomie der Policy-Designs: Institutionen beeinflussen die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen wesentlich. Einflussfaktoren: Vetogruppe/Mehrheitsbau: Anzahl und Macht der Vetorechte (Veto-Spieler) beeinflussen die Durchsetzbarkeit von Reformen. Zeitliche Struktur (Wahltakt, Legislativzyklus): Kurzfristige politische Anreize können langfristige Effekte verzögern oder verhindern. Budgetregeln und Haushaltsprozess: Begrenzen Spielräume, nachhaltige Finanzierung und langfristige Wirksamkeit. Verteilung der politischen Macht: Wer profitiert? Machtverteilung kann Policy-Designs begünstigen, die bestimmten Gruppen zugutekommen. Transparenz- und Informationspolitik: Offenlegung, Auditierung und unabhängige Evaluierung erhöhen oder mindern die Effektivität von Maßnahmen.